

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
26.04.2017
- 3 Finanzielle Unterstützung bei der Betreuung von Flüchtlingskindern in
Kindertagesbetreuung
Vorlage: 17/SVV/0395
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Zusammenlegung der Biosphäre mit dem
Naturkundemuseum in der Biosphärenhalle
Vorlage: 16/SVV/0022
Fraktion CDU/ANW
- 4.2 Erhaltung der Biosphäre als dauerhafte touristische Einrichtung
Vorlage: 16/SVV/0126
Fraktion DIE LINKE
- 4.3 Dauerhafte Nachnutzung der Biosphäre
Vorlage: 17/SVV/0370
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle für Stadtentwicklung und Bauen
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Durchquerung des nördlichen Volksparks
Vorlage: 17/SVV/0399
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 26.04.2017**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er vor, diese um Informationen

- bzgl. der Räumlichkeiten des Bereiches Soziale Leistungen und Integration
- zum Stand der Überarbeitung der Entschädigungssatzung und
- zu den Ausschreibungsverfahren Gemeinschaftsunterkünfte Marquardter Chaussee zum 01.11.2017, An den Kopfweiden, Dortustraße und Wohnungsverbund Am Alten Markt/ Hegelallee zum 31.12.2017 sowie des überregionalen Fachberatungsdienstes für die soziale Beratung und Betreuung von Flüchtlingen

zu ergänzen.

Gegen diese Erweiterungen erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 56. Sitzung des Hauptausschusses vom 26.04.2017 wird mit 13 Ja-Stimmen, bei zwei Stimmenthaltungen bestätigt.

**zu 3 Finanzielle Unterstützung bei der Betreuung von Flüchtlingskindern in
Kindertagesbetreuung
Vorlage: 17/SVV/0395**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Auf eine Einbringung des Antrags wird verzichtet. Bezüglich des Hinweises von Frau Dr. Müller, dass es bei der Umsetzung dieser Regelungen Unwägbarkeiten gebe und die Festlegung „in der Regel“ von den Mitarbeitenden stringent ausgelegt werde, schlägt der Oberbürgermeister vor, das Verfahren in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses näher zu erläutern.

Der Hauptausschuss beschließt:

1. **Den freien Trägern der Kindertagesbetreuung und Tagespflegepersonen wird für die Betreuung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien (Asylbewerberfamilien) pauschal in Höhe von 240,00 EUR pro Flüchtlingskind und Monat ein zusätzlicher Aufwand im Jahr 2017 erstattet.**
2. **Die Pauschale wird gewährt**
 - **auf der Grundlage einer Abrechnung der betreuten Kinder nach vollen Monaten,**
 - **unabhängig des Betreuungsumfanges,**
 - **in den Altersgruppen der betreuten Kinder von Null bis zum Ende**

- **des Grundschulalters und**
- **in der Regel maximal für 12 Monate für das jeweilige Kind, beginnend ab der erstmaligen Aufnahme des Kindes in Kindertagesbetreuung. Eine Betreuung über 12 Monate hinaus kann im begründeten Einzelfall durch den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie gewährt werden.**

3. Sollte das Land Brandenburg kurzfristig eine analoge Regelung durch ein Landesgesetz erlassen, entfällt die Gewährung der Pauschale durch die Landeshauptstadt Potsdam ersatzlos.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	15
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Zusammenlegung der Biosphäre mit dem Naturkundemuseum in der Biosphärenhalle

Vorlage: 16/SVV/0022

Fraktion CDU/ANW

siehe TOP 4.3 - zurückgestellt

zu 4.2 Erhaltung der Biosphäre als dauerhafte touristische Einrichtung

Vorlage: 16/SVV/0126

Fraktion DIE LINKE

siehe TOP 4.3 – zurückgestellt

zu 4.3 Dauerhafte Nachnutzung der Biosphäre

Vorlage: 17/SVV/0370

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle für Stadtentwicklung und Bauen

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die bisherigen Diskussionen und Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zum Thema Biosphäre. Nunmehr liege das Ergebnis der fortgesetzten Variantenuntersuchung vor, das in der heutigen Sitzung in einer ersten Lesung vorgestellt, aber nicht abschließend besprochen werden solle. Dies auch, um die fachlichen Stellungnahmen der anderen Ausschüsse mit berücksichtigen zu können. In der nächsten Sitzung des Hauptausschusses sollen alle diesbezüglichen Vorlagen und Anträge wieder in die Tagesordnung aufgenommen und soweit möglich abschließend beraten werden. Ziel sei es, einen Beschluss noch vor der Sommerpause zu fassen.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Anschließend erläutert Herr Weise, Leiter der Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen, die vorliegende Beschlussvorlage an Hand einer Power-Point-

Präsentation (im Ratsinformationssystem dem Tagesordnungspunkt als Anlage beigefügt) und geht dabei auf die bestehende Beschlusslage, die Objektsituation und den Variantenvergleich sowie die Betriebs- und Investitionskosten ein. Er betont, dass die Varianten einer mehrteiligen bzw. multifunktionalen Nutzung nicht wirtschaftlich seien, zumal zu den Basiskosten noch nutzungsspezifische Kosten hinzu kämen. Im Weiteren verweist er auf die Notwendigkeit einer europaweiten Ausschreibung, da es sich um eine dauerhafte Nutzung handelt, die avisierte Zeitschiene sowie den vorgelegten Beschlusstext.

In der sich anschließenden Diskussion benennt Herr Weise - auf Bitte von Herrn Finken - konkrete Kostenpositionen, die der Niederschrift als Anlage beigefügt sind.

Auf die Nachfrage von Herrn Finken, wie die Entwicklung der Einnahmeseite eingeschätzt werde, entgegnet Herr Weise, dass Chancen für eine Steigerung dieser gesehen, der Planung aber ein „real case“ zu Grunde gelegt werde.

Herr Dr. Scharfenberg sieht mit der vorliegenden Beschlussvorlage eine Chance, den jetzigen provisorischen Zustand zu ändern. Er verweist auf die mehrfachen erfolglosen Ausschreibungen bzw. Interessenbekundungsverfahren und auf die deutliche Mehrheit gegen einen Abriss der Biosphäre.

Zu suchen sei nach einem Konzept, was machbar ist und deshalb sei es nötig sich dazu zu verständigen, ob die Tropenhalle ein Konzept sei, das mit Potsdam verbindet. Nötig sei aber auch ein schöpferischer Diskurs zu der Frage, was darüber hinaus – modifiziert - möglich sei. Er finde sich in der vorliegenden Beschlussvorlage gut wieder und fragt nach, wie die Chancen für eine erfolgreiche Ausschreibung eingeschätzt werden.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass man es schlichtweg nicht wisse, ob es einen Betreiber geben werde. Die Stadt habe konkrete Rahmenbedingungen vorgegeben, so dass diese Chance durchaus gegeben sei; zumindest habe es schon Nachfragen gegeben.

Er weist im Weiteren darauf hin, dass es bislang durch die Förderbedingungen für die Biosphäre Einschränkungen gegeben habe, so dass die Potenziale der Halle für die Verbesserung der Einnahmesituation gar nicht umfassend genutzt werden konnten. Trotzdem muss klar sein, dass erst einmal Geld in die Hand genommen werden müsse.

Wenn die Prämisse gelte, dass die Hülle der Halle erhalten bleibe, funktioniere nur die jetzige Nutzung. Ändert sich die Nutzung, ist der Erhalt der Hülle fast unmöglich und führe konsequenterweise zum Abriss des Gebäudes, um Hülle und Funktion in Einklang bringen zu können. Letzteres sei unbenommen die kostengünstigste Variante.

Herr Schüler führt aus, dass es der Auftrag an die Verwaltung gewesen sei, in der Biosphäre Nutzungen einzuziehen, die im Bereich Bornstedt noch nicht vorhanden sind, aber dringend gebraucht werden. Mit einem erhöhten Zuschuss bekomme die Stadt nichts von dem was gebraucht werde; darüber hinaus sei die Wirtschaftlichkeit offen. Laut der vorliegenden Beschlussvorlage komme aber ein Abriss gar nicht in Frage, so dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem vorliegenden Ergänzungsantrag darum bitte, auch diese zu prüfen. Ausführliche Untersuchungen hätten gezeigt, dass Sanierung und dauernde Bezuschussung des bestehenden Biosphäreng Gebäudes bei gleichbleibender Nutzung eine zu große Belastung des städtischen Haushaltes darstelle. Außerdem wisse man heute, dass keine ausreichenden Grundstücke für die dann zusätzlich zu errichtende soziale Infrastruktur im Potsdamer Norden zur Verfügung stehen. So

schmerzlich es sei, eine der wichtigsten Architekturen nach 1990 wieder aufzugeben, so notwendig sei es doch, die baufachliche Problematik zur Kenntnis zu nehmen. Auch die langjährigen Versuche, andere Nutzungen, andere Wirtschaftskonzepte zu realisieren, seien gescheitert.

Ergänzungsantrag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Nutzungskonzept für den Standort der Biosphäre vorzulegen, das möglichst viel der für den Potsdamer Norden erforderlichen sozio-kulturellen Infrastruktur umfasst (Bürgertreff, Jugendfreizeiteinrichtung/Jugendclub, Aufenthaltsqualität durch Gastronomie, Hortplätze, Sportanlagen). Auf dieser Grundlage ist ein Architekturwettbewerb für einen Neubau auf dem Grundstück auszuschreiben. Im Ergebnis soll erneut eine anspruchsvolle Architektur unserer Zeit entstehen, die sich in den landschaftlichen Rahmen einfügt. Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2017 über den Zwischenstand der Vorbereitungen zu informieren und ein Votum zum weiteren Verfahren einzuholen.

Darauf Bezug nehmend betont der Oberbürgermeister, dass es den Fraktionen natürlich freistehe, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zu folgen. Dann aber bitte als eigenen Antrag und mit dem eindeutigen Bekenntnis, dass vor einem Neubau der Abriss des jetzigen Gebäudes stehe. Das beinhalte der Ergänzungsantrag der Grünen nicht.

Herr Heuer plädiert dafür, sich mit den Varianten intensiver zu beschäftigen und sich für eine Abwägung, was tatsächlich gebraucht werde, um aus den roten Zahlen zu kommen, auch entsprechend Zeit zu nehmen. Die „Eierlegende Wollmilchsau“ werde es nicht geben und die vorgelegten Varianten seien natürlich teuer – aber dies überrasche nicht.

Die Nachfrage von Herrn Schultheiß, was konkret mit der Übertragung des Gebäudes gemeint sei, beantwortet Herr Weise mit dem Hinweis, dass dies ein Grundrahmen sei, der offen gestaltet werde und nach den dann vorliegenden Angeboten konkretisiert werde.

Frau Hüneke betont, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Abriss nicht gerne vorschläge. Trotzdem sollte dies als Variante mit geprüft werden, um konkrete und vergleichbare Zahlen zu erhalten. Ihre Fraktion hatte zumindest den Mut, auch diese Notwendigkeit vorzuschlagen. Daraufhin führt der Oberbürgermeister aus, dass die Abrisskosten bekannt seien. Eine Entscheidung könne sowieso erst getroffen werden, wenn klar sei, ob das mit oder ohne dem jetzigen Gebäude gewollt sei.

Herr Finken betont, dass für die Fraktion der CDU/ANW nur eine Variante in Frage komme, die mit dem Haushalt der Stadt in Einklang zu bringen sei.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass die „Abrissdiskussion“ schon geführt und von Hauptausschuss und Stadtverordnetenversammlung abgelehnt worden sei. Insofern sehe er in dem Antrag der Grünen einen Paradigmenwechsel. Es bestehe die Chance, die Biosphäre zu erhalten und die Nutzung anzupassen. Er halte es nicht für ausgeschlossen, dass wohngebietsrelevante Funktionen in der Tropenhalle ausgeschlossen seien.

Der Oberbürgermeister nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Weise und die Klarstellung, dass mit anderen Funktionen sowohl Kostensteigerungen als auch Minimierungen der Einnahmen verbunden seien. Wer sich für den Erhalt der Biosphäre ausspreche, dem müsse auch klar sein, dass in der Halle keine anderen Funktionen integriert werden können und auch keine Flächen dafür im

Bereich Bornstedt zur Verfügung stehen.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Frau Michalske-Acioglu beantragt unter Verweis auf die verabredete erste Lesung den Schluss der Debatte.

Abstimmung:

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Durchquerung des nördlichen Volksparks

Vorlage: 17/SVV/0399

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Zu dieser Mitteilungsvorlage besteht kein Redebedarf; sie wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Sonstiges

Räumlichkeiten des Bereiches Soziale Leistungen und Integration

Die Information von Herrn Schubert, Beigeordneter für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, dass der Bereich Soziale Leistungen und Integration aus dem Haupthaus der Stadtverwaltung wieder zurück in das Haus 2 ziehen müsse, wird zur Kenntnis genommen.

Er begründet dies damit, dass in den Räumlichkeiten Luftschadstoffe gefunden worden seien, die wahrscheinlich trotz der Kennzeichnung mit dem „Blauen Engel“ Bestandteil der verwendeten Farben gewesen seien.

Stand der Überarbeitung der Entschädigungssatzung

Frau Krusemark nimmt Bezug auf den Auftrag der Stadtverordnetenversammlung, für die Beantragung von Verdienstausschlag und Kinderbetreuungskosten eine vereinfachte Regelung vorzuschlagen und für alle ehrenamtlich Tätigen eine einheitliche für die Entschädigung ihres Aufwandes. Dementsprechende Vorschläge sollen in der Hauptausschusssitzung am 14.06.2017 vorgestellt werden. Sie bittet um Verständnis für diese Terminalschiene, aber die Definition der Pauschalberechnung gestalte sich schwierig.

Ausschreibungsverfahren Gemeinschaftsunterkünfte Marquardter Chaussee zum 01.11.2017, An den Kopfweiden, Dortustraße und Wohnungsverbund Am Alten Markt/ Hegelallee zum 31.12.2017 sowie des überregionalen Fachberatungsdienstes für die soziale Beratung und Betreuung von Flüchtlingen

Herr Schubert verweist auf die Verabredung im Hauptausschuss, die Verfahren zur Ausschreibung im Vorfeld in der AG Asyl und im Ausschuss für Gesundheit,

Soziales und Inklusion vorzustellen sowie die Bewertungsmatrix und die Leistungsbeschreibung unter Einbeziehung der Stadtverordneten zu erstellen. Mit den Fraktionen, so Herr Thomann, Fachbereichsleiter für Soziales und Gesundheit, habe an seinem Tisch eine Verständigung stattgefunden und man habe sich auf mehrere Änderungen geeinigt. Dies befinde sich derzeit in rechtlicher Prüfung; anschließend werden die Fraktionen über das Ergebnis informiert.

Er betont, dass dieser Prozess für beide Seiten gewinnbringend gewesen sei.

Herr Schüler bittet im Weiteren darum, die **geplanten Immobilienverkäufe für das laufende Jahr** zeitnah einzubringen. Er habe bereits mit der Vorlage der Haushaltssatzung darum gebeten – nun seien bereits fast 5 Monate des Jahres vergangen. Herr Exner, Beigeordneter für Zentrale Steuerung und Service, entgegnet, dass an der Abarbeitung der Liste des vergangenen Jahres noch gearbeitet werde und einige Verkäufe noch nicht abgeschlossen seien; die Liste für das laufende Kalenderjahr sei in Arbeit und werde zur Hauptausschusssitzung am 31.05.2017 vorgelegt.